Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss
—
Postulat Marc-Antoine Gamba / Eric Collomb **2013-GC-17** [P 2022.13]
Verbesserte Erfolgsquote bei Herz-Lungen-Wiederbelebungen

I. Zusammenfassung des Postulates

Mit ihrem am 26. Februar 2013 eingereichten und gleichentags begründeten Postulat ersuchen die Grossräte Marc-Antoine Gamba und Eric Collomb den Staatsrat, einen Bericht über die Verwendung von Defibrillatoren im Kanton und über die Massnahmen zur Verbesserung des Überlebens nach einer Herz-Lungen-Wiederbelebung vorzulegen. Ausserdem verlangen sie die spezifische Analyse der Ausbildungsmöglichkeiten für Freiburger Schülerinnen und Schüler.

II. Antwort des Staatsrates

Die Häufigkeit plötzlicher Todesfälle durch Herz- und Atemstillstand liegt in der Schweiz bei jährlich 0,4-1 auf 1000 Personen; dies entspricht gut 8000 Fällen pro Jahr. Rund 80 % der Herz- und Atemstillstände werden durch Kammerflimmern verursacht, könnten also durch Defibrillation behandelt werden. Der kritische Punkt bei der Herz-Lungen-Wiederbelebung ist die sofortige Versorgung durch Personen mit einer Ausbildung für Erste Hilfe-Massnahmen, in erster Linie Herzmassage, aber auch elektrische Defibrillation. Denn mit jeder Minute, die zwischen Herzstillstand und Defibrillation verstreicht, sinkt die Erfolgsquote für eine Wiederbelebung um 10 %.

Im Kanton Tessin, wo mit dem *First Responder*-System (Laien, die für Erste Hilfe-Leistungen bei Herz- und Atemstillstand ausgebildet werden und unverzüglich vor Ort Hilfe leisten) und einem Dispositiv mit halbautomatischen Defibrillatoren an strategischen Standorten gearbeitet wird, ist die Überlebensquote deutlich höher als in den übrigen Landesteilen. Die Direktion für Gesundheit und Soziales hat über das Kantonsarztamt bereits 2012 die Tessiner Behörden für Informationen zu ihrem System kontaktiert. Der Staatsrat ist daran interessiert, das Tessiner System vertieft anzuschauen, insbesondere die Frage, ob und in welchem Umfang es in unserem Kanton anwendbar ist.

Infolgedessen empfiehlt der Staatsrat, das Postulat anzunehmen.

11. Februar 2014